

Mitglieder der Verwaltung

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Frau Wolf	Bürgermeisterin Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Kämpf	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Krämer	Leiter Büro Oberbürgermeister/Sitzungsdienst	zu allen TOP
Frau Hein	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Nickel	Leiter Fachgebiet Gesamthaushalt	zu allen TOP
Herr Giller	Justiziar der Stadt Plauen	zu allen TOP
Frau Karch	Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen	öffentlicher Teil
Herr Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Frau Blume-Brake	Leiterin Haupt- und Personalverwaltung	bis TOP 6.2.
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung	zu allen TOP
Herr Gabriel	Leiter Fachgebiet Polizeibehörde	zu allen TOP
Frau Läster	Leiterin Medien- und Öffentlichkeitsarbeit	zu allen TOP
Herr Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	zu allen TOP
Herr Schmidt	Kulturbetrieb der Stadt Plauen	zu allen TOP
Herr Hering	Fachgebiet Informationstechnik	Öffentlicher Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, FDP-Fraktion	zu allen TOP
Frau Zobel, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion	zu allen TOP

Gäste

Frau Polizeirätin Dorothee Lotterhos, kommissarische Leiterin Polizeirevier Plauen	öffentlicher Teil
Herr Polizeipräsident Dirk Lichtenberger, Leiter der Polizeidirektion Zwickau	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Beantwortung von Anfragen
 - 1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der letzten Stadtratssitzung
 - 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
2. **Beschlussfassung**
 - 2.1. Abberufung von sachkundigen Einwohnern
Drucksachennummer: 0869/2023
 - 2.2. Erlass einer Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung
Drucksachennummer: 0868/2023
 - Antrag der CDU-Fraktion – **Reg. Nr. 338-23**
Maßnahmen zur Erhöhung von Ordnung und Sicherheit in der Stadt Plauen
Polizeiverordnung/Aufnahme und Durchsetzung eines Alkoholverbots
 - 2.3. Antrag der CDU-Fraktion – **Reg. Nr. 339-23**
 - Maßnahmen zur Erhöhung von Ordnung und Sicherheit in der Stadt Plauen
Einsatz von Videoüberwachung
 - 2.4. Antrag der FDP-Fraktion – **Reg. Nr. 343-23**
 - Einführung von Videoaufzeichnungen (Videoüberwachung) im Bereich des Postplatzes
 - 2.5. Einrichtung neuer Planstellen gemeindlicher Vollzugsdienst
Drucksachennummer: 0864/2023
 - Antrag der Fraktion DIE LINKE, **Reg. Nr. 347-23**

- 2.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE – **Reg. Nr. 345-23**
- Räumlichkeiten/Treffpunkt für Bürgerinnen und Bürger in der Innenstadt zur Verfügung stellen
- 2.7. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion – **Reg. Nr. 342-23**
- Schaffung einer neuen Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen-Stelle
- Stellungnahme der Verwaltung
- 2.8. Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen“
Drucksachennummer: 0851/2023
- 2.9. Satzung zur Aufhebung der Gebührensatzung für das Vogtlandmuseum
Drucksachennummer: 0855/2023
- 2.10. Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus - Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus Plauen – Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus in Krebs
Drucksachennummer: 0853/2023
- Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – **Reg. Nr. 344-23** - Stellungnahme der Verwaltung
- Änderungsantrag SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 346-23**
- 2.11. 8. Änderung der Grünanlagen- und Grünanlagegebührensatzung der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0799/2023
- 2.12. Antrag der FDP-Fraktion – **Reg. Nr. 335-23**
- Senkung des Strompreises der Stadtwerke-Strom Plauen GmbH & Co. KG
- Stellungnahme der Verwaltung
3. **17:00 Uhr - Einwohnerfragestunde**
4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 44. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß § 39 SächsGemO weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadträtin Monika Mühle, CDU-Fraktion, und Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, bestellt.

Oberbürgermeister Zenner gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 2.12. von der heutigen Tagesordnung gestrichen wird, da die FDP-Fraktion ihren Antrag zurückgezogen hat.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurden folgende Unterlagen an die Mitglieder des Stadtrates ausgereicht:

- Für TOP 2.2.- Änderungsblatt zur Vorlage mit ergänztem Beschlusstext
- Für TOP 2.5. – Änderungsblatt zur Vorlage mit ergänztem Beschlusstext
- Für TOP 2.6. – Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag
- Für TOP 2.10. – Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag

Weiterhin informiert Oberbürgermeister Zenner darüber, dass aus aktuellem Anlass eine Sondersitzung des Stadtrates am 12.07.2023 ab 17:00 Uhr, in der Festhalle Plauen stattfinden wird.

1.1. Tagesordnung

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowazick, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass zur Vorlage, **Drucksachennummer: 0853/2323** (TOP 2.10.) ein Antrag der CDU-Fraktion im Kultur- und Sportausschuss vorberaten wurde.

Der Text des o. g. Antrages ist in der Anlage zur Tagesordnung der heutigen Sitzung formuliert.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik bittet darum, diesen Antrag heute unter TOP 2.10. zu berücksichtigen.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass dieser Antrag gemäß § 17 Abs. 1 Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen schriftlich zur Beschlussfassung vorliegen muss.

1.2. Beantwortung von Anfragen

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass die Anfrage von Stadtrat Eckardt zur konkreten Kostenplanung Weisbachesches Haus noch offen ist.

Diese Anfrage soll in der Sonderstadtratssitzung am 12.07.2023 beantwortet werden.

1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der letzten Stadtratssitzung

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Herrn Ralf Oberdorfer beschlossen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Verleihung der Stadtplakette an Herrn Hansgünter Fleischer beschlossen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat folgende Beschlüsse, welche in der Gesellschafterversammlung der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH umzusetzen sind, beschlossen:

1. Bestellung des 2. Geschäftsführers – Herrn Ulrich Jacob
2. Entbindung des 2. Geschäftsführers von § 181 BGB 2. Alternative (Verbot der Mehrfachvertretung)

1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner begrüßt an dieser Stelle die neue Fachbedienstete für das Finanzwesen, Frau Peggy Hein. Sie hat zum 01.07.2023 die Tätigkeit in der Stadtverwaltung Plauen begonnen.

2. Beschlussfassung

2.1. Abberufung von sachkundigen Einwohnern

Drucksachennummer: 0869/2023

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft nach § 18 Abs. 1 Satz 1 SächsGemO Frau Therese Langhof-Thomas als beratendes Mitglied im Bildungs- und Sozialausschuss **ab**.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 44/23-1

**2.2. Erlass einer Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung
- Antrag der CDU-Fraktion - Reg. Nr. 338-23 - Maßnahmen zur Erhöhung von Ordnung und Sicherheit in der Stadt Plauen - Polizeiverordnung/Aufnahme und Durchsetzung eines Alkoholverbotes**
Drucksachenummer: 0868/2023

Zu dieser Verwaltungsvorlage wurde zu Beginn der heutigen Sitzung ein Änderungsblatt mit geändertem Beschlussvorschlag ausgereicht.

Oberbürgermeister Zenner begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Polizeirätin Dorothee Lotterhos, kommissarische Leiterin Polizeiviertel Plauen, und Herrn Polizeipräsident Dirk Lichtenberger, Leiter der Polizeidirektion Zwickau.

Oberbürgermeister Zenner führt kurz zum Thema ein. Er teilt u. a. mit, dass es in der Stadt Plauen insgesamt eine rückläufige Kriminalstatistik gibt. Plauen sei kein Schwerpunkt der Kriminalität. In der Innenstadt von Plauen habe man aber eine Zunahme von Gewaltdelikten – besonders unter Alkoholeinfluss – und auch eine Zunahme von so genannten Rohheitsdelikten. Gleiche Probleme gäbe es aber auch in anderen Städten und Gemeinden.

Oberbürgermeister Zenner legt dar, dass es seiner Meinung nach eine verfehlte Migrationspolitik seitens des Bundes ist, welche seit 2015 anhält und sich in den letzten eineinhalb Jahren noch deutlich erhöht habe. Es sei ärgerlich, dass man mit den Problemen vor Ort in den Kommunen „alleingelassen“ würde.

Oberbürgermeister Zenner betont, dass sich die Mehrheit der in Plauen lebenden Migranten (sowie ca. 1.500 ukrainische Kriegsflüchtlinge und sonstige Nationalitäten) absolut gesetzeskonform verhalten würden.

Heute soll eine Maßnahme beschlossen werden, von der man sich verspricht, dass sie zumindest in der Innenstadt von Plauen für mehr Ruhe und Ordnung sorgen könnte.

Oberbürgermeister Zenner erteilt an dieser Stelle Herrn Polizeipräsident Dirk Lichtenberger das Wort.

Herr Polizeipräsident Dirk Lichtenberger, Leiter der Polizeidirektion Zwickau, informiert anhand einer Präsentation über die Sicherheitslage in Plauen. Die Polizeidirektion Zwickau hat bereits unterschiedliche Daten in Vorbereitung dieser Sitzung an die Verwaltung zugearbeitet.

Herr Lichtenberger geht in seinem Vortrag als erstes auf die Entwicklung der Kriminalitätslage in der Stadt Plauen im Allgemeinen ein. Danach macht er Ausführungen zum subjektiven Sicherheitsempfinden.

Er informiert weiter über die Lageentwicklung im Stadtzentrum/Postplatz und erläutert abschließend, wie die Polizei die Situation bewertet und welche Maßnahmen in diesem Zusammenhang ergriffen wurden.

Herr Lichtenberger führt u. a. aus, dass man anhand des Vergleiches von verschiedenen statistischen Zahlen zu dem Ergebnis gekommen sei, dass ein mehrjähriger Trend des Kriminalitätsrückganges in Plauen festzustellen ist und dass es keine Verfestigung bestimmter Kriminalitätsschwerpunkte gibt.

Im Stadtzentrum von Plauen würde es außer bestimmter Schwankungen in bestimmten Grenzen keine Auffälligkeiten rein in der Statistik geben.

Aber durch schwere Gewaltstraftaten im öffentlichen Raum habe es eine negative Beeinflussung des subjektiven Sicherheitsbefindens gegeben. Die Polizei schätzt ein, dass eine Gefahr der Verfestigung dieser Situation am Postplatz bzw. im Stadtzentrum besteht.

Für die Polizei stand deshalb relativ früh fest, dass man auf Grundlage dieser Einschätzung sofort zusätzliche vollzugspolizeiliche Maßnahmen ergreifen müsse.

Das Sicherheitsempfinden der Bürger soll durch diese Maßnahmen wieder angehoben werden.

Herr Lichtenberger führt aus, dass im Jahr 2021 insgesamt 6.230 Straftaten durch so genannte Intensivstraftäter in Sachsen begangen wurden. Damals waren in Sachsen 1.212 Intensivtäter registriert.

Das heißt, dass mit Blick auf die damaligen Zahlen ca. 2,1 % der zugewanderten als Intensivstraftäter einzuordnen waren. Diese 2,1 % haben nahezu die Hälfte der Straftaten von Zugewanderten begangen.

Aufgrund der Situation in der Innenstadt von Plauen resultiert die Maßnahme der stärkeren Präsenz im Bereich des Postplatzes. Im Mai 2023 und Juni 2023 gab es dort 155 Einsatztage. Hierbei wurden sowohl Kräfte aus dem Einsatzzug eingesetzt, gleichzeitig kann auch die Bereitschaftspolizei mehrmals zum Einsatz.

In Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft will die Polizei auch beschleunigte Verfahren durchführen. Weil aber an diese Verfahren bestimmte rechtliche Voraussetzungen geknüpft sind, eignen sie sich nicht bei Körperverletzungsdelikten.

Herr Lichtenberger weist darauf hin, dass es eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen dem Polizeirevier Plauen und der Stadtverwaltung Plauen (Ordnungsbehörde) gibt. Dies sei wichtig, um solche Probleme wie am Postplatz langfristig lösen zu können.

Oberbürgermeister Zenner hält es für wichtig, Täter, die tatsächlich für Unruhe sorgen, auch benennen zu können. Man werden auf jeden Fall nicht nur restriktive, sondern auch präventive Maßnahmen einleiten.

Die von Herrn Lichtenberger vorgetragene Zahlen würden nach Meinung von Oberbürgermeister Zenner zeigen, dass das subjektive Empfinden anders sei als das objektive.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, trägt den Inhalt des Antrages seiner Fraktion vor.

Man müsse feststellen, dass gerade in der Innenstadt von Plauen eine Situation vorherrscht, bei welcher der respektvolle Umgang der Menschen leidet. Die Antwort des Stadtrates darauf müsse sein, dass man diese Umstände auf keinen Fall akzeptieren werde.

Stadtrat Schmidt ist der festen Überzeugung, dass es bereits genügend präventive Angebote geben würde. Ob dies die richtigen Angebote sind, darüber müsste an anderer Stelle noch diskutiert werden. Die Mobile Jugendarbeit leistet nach Meinung von Stadtrat Schmidt einen wichtigen Beitrag, über die Maßnahmen im Einzelnen könne man in der Stadtratssitzung im September 2023 sprechen.

Stadtrat Schmidt führt weiter aus, dass Videoüberwachung, Alkoholverbotzonen und erhöhte Polizeipräsenz auch Präventionsmaßnahmen wären. Auch diese Maßnahmen könnten helfen, die derzeitige Situation zu mildern.

Stadtrat Schmidt betont, dass nicht nur junge Männer mit Migrationshintergrund an den Auseinandersetzungen in der Innenstadt beteiligt sind.

Die CDU-Fraktion hat den Antrag auf Einführung einer Alkoholverbotzone gestellt, weil eine erhöhte Präsenz der Ordnungskräfte alleine nicht ausreichen würde, die Situation in der Innenstadt zu verbessern.

Stadtrat Schmidt bedankt sich für die von der Verwaltung erstellte Vorlage und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, äußert sich kritisch zum CDU-Antrag.

Stadtrat Holtschke führt aus, dass von den 30 unter Alkoholeinfluss ausgeübten Straftaten, welche als Begründung für ein Alkoholverbot genannt werden, mindestens 19 herausgestrichen werden müssten, da hier der Alkoholpegel sehr gering bzw. nicht bekannt war. Darüber hinaus gab es mehrere Vorfälle bei Stadtfesten oder Märkten, bei denen der Konsum von Alkohol erlaubt sei. In Drogerie- und Bekleidungsgeschäften wurden Diebstähle begangen, die ebenfalls keine Alkoholverbotzone rechtfertigen würden.

Man müsse nach Meinung von Stadtrat Holtschke davon ausgehen, dass eine Alkoholverbotsverordnung gegen geltendes Recht verstoßen würde.

Auch die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion habe Anrufe und Hinweise von besorgten Bürgerinnen und Bürgern zur Situation in der Innenstadt bekommen. Man müsse dieses Thema auf jeden Fall ernst nehmen.

Wenn die Alkoholverbotszone wie beantragt kommen sollte, würde dies nach Meinung von Stadtrat Holtschke nicht zur Lösung des Problems führen. Deswegen verfolgt seine Fraktion den Ansatz der Prävention in Form einer aufsuchenden Sozialarbeit mit verschiedenen sozialpädagogischen Angeboten. Das hierfür eine Notwendigkeit bestünde, habe der Vortrag der Mobilien Jugendarbeit e. V. im letzten Bildungs- und Sozialausschuss gezeigt.

Der Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion soll mit der Erhöhung der Polizeipräsenz und der Stärkung des kommunalen Gemeindevollzugsdienstes flankiert werden. Dies würde ausreichen, die Problemlagen in der Innenstadt von Plauen in den Griff zu bekommen.

Die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion lehnt die Alkoholverbotszone mehrheitlich ab.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, befürwortet die Ausführungen von Stadtrat Holtschke. Die Ereignisse in der Innenstadt werden von ihrer Fraktion verurteilt und die Täter müssten bestraft werden. Das Sicherheitsgefühl sei in der städtischen Bevölkerung geschwunden. Aber mit dem erhöhten Einsatz der Polizei und des Vollzugsdienstes habe man schon das Gefühl, dass mehr Ruhe eingezogen sei.

Durch die Einführung einer Alkoholverbotszone würde man nur bestimmte Gruppen aus der Innenstadt verdrängen. Es würden sich in anderen Stadtteilen neue Brennpunkte bilden.

Es müsse gelingen, die Ursachen zu bekämpfen, u. a. mit dem Einsatz von mehr Sozialarbeitern und regelmäßigen Streifendiensten. Mit präventiven Maßnahmen könne man nach Meinung von Stadträtin Rank mehr erreichen als mit Verboten.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, führt aus, dass seine Fraktion den CDU-Antrag sowie die anderen Anträge unterstützt, die mehr Ordnung und Sicherheit in der Stadt Plauen zum Ziel haben. Für die geplante Gestaltung und Entwicklung der Innenstadt sei eine gewisse Grundordnung und Sicherheit unabdingbar.

Schwierig sei nach Meinung von Stadtrat Schumann auch die Abwanderung des Handels aus der Innenstadt unter den gegebenen Umständen.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass präventive Maßnahmen nicht sofort wirken würden. Da es aber ein aktuelles Problem gäbe, müsse man sofort restriktiv eingreifen und präventive Maßnahmen auf den Weg bringen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, legt dar, dass man es ernst nehmen müsste, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger um die Sicherheit in Plauen Sorgen machen. Unbestritten sei Sozialarbeit wichtig und könne durchaus noch breiter gefächert werden. Allein damit könnte man die derzeitigen Probleme nicht lösen, weil es „ein gewisses Klientel“ gäbe, welches man augenscheinlich mit Sozialarbeit nicht erreicht habe.

Der FDP-Fraktion wäre es lieber, wenn ein ganzes Maßnahmenpaket beschlossen werden könnte, bei dem die Alkoholverbotsverordnung ein Bestandteil wäre. Eine gewisse Form der Videoaufzeichnung sei ein weiterer wichtiger Bestandteil.

Die FDP-Fraktion vertritt die Meinung, dass die Einführung einer Alkoholverbotszone heute beschlossen werden sollte. Sollte diese Verordnung durch höhere Instanzen abgelehnt werden, so hätte der Stadtrat wenigstens ein klares Signal an die Plauener Bevölkerung gesandt, dass man mit verschiedenen Maßnahmen der derzeitigen Situation entgegenwirken müsse.

Stadtrat Gerbeth fragt bei Herrn Lichtenberger nach, wie viele beschleunigte Verfahren speziell bezogen auf die Stadt Plauen in 2022 und 2023 durchgeführt wurden.

Seiner Meinung nach sei dies eine sehr geringe Anzahl, da eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein beschleunigtes Verfahren sei, dass der Täter geständig ist.

Stadträtin Alexandra Glied, CDU-Fraktion, merkt an, dass dieses Thema viel zu wichtig sei, um damit Wahlkampf zu machen.

Nach Meinung von Stadträtin Glied sei Prävention ein wichtiges Thema, aber diese allein würde nicht ausreichen. Die Aufgabe des Stadtrates sei es, im Sinne der Bevölkerung von Plauen zu handeln.

Stadträtin Glied wird dem Antrag ihrer Fraktion zustimmen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt an, dass Oberbürgermeister Zenner suggeriert hätte, dass die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion nur Sozialarbeit machen würde.

Von Stadtrat Holtschke wurde aber klar gesagt, dass auch die Stärkung des Ordnungsdienstes von der Fraktion unterstützt wird, da es ein ausgewogenes Maßnahmenpaket geben sollte.

Stadtrat Hermann führt aus, dass kurzfristige Maßnahmen wie die erhöhte Polizeipräsenz außerordentlich begrüßt werden. Trotzdem sei die Ausgewogenheit wichtig.

Stadtrat Hermann fragt nach, ob es sinnvoll sei eine Anlaufstelle für Suchtprävention am Tunnel (direkt in der Alkoholverbotszone) einzurichten.

Stadtrat Hermann fragt bei Herrn Lichtenberger nach, ob bei den Sachverhalten, die jetzt zu diesem Aufruhr geführt haben, Alkohol im Spiel war und ob es eine Empfehlung seitens der Polizei gibt, die beantragte Alkoholverbotszone einzurichten.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass die Information zur Arbeit der Mobilen Jugendarbeit e. V. auf Wunsch der dortigen Mitarbeiterinnen selbst heute nicht auf der Tagesordnung steht (u. a. wegen Urlaub und Krankheit). Es wurde gebeten den Antrag der CDU-Fraktion hierzu in die Stadtrats-sitzung im September 2023 zu verschieben.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, pflichtet Stadträtin Glied bei, dass man die Sorgen und Ängste der Bevölkerung wahrnehmen müsse.

Von der Fraktion DIE LINKE wurde in den letzten Jahren gefordert, dass Jugendarbeit in Plauen und im gesamten Vogtlandkreis gestärkt werden müsste. Dies sei aber immer wieder abgelehnt worden.

Nach Meinung von Stadtrat Legath wäre die Einrichtung einer Alkoholverbotszone in der Innenstadt von Plauen nicht rechtssicher.

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion, führt aus, dass die vor ein paar Jahren beschlossene Alkoholverbotsverordnung mehr Ruhe in die Innenstadt gebracht hat. Er bezweifelt aber, dass man die derzeitige Situation nur mit einer Alkoholverbotsverordnung in den Griff bekommt.

Stadtrat Eckardt fragt nach, ob man herausfinden konnte, was der junge Mann in den Mülleimer geworfen hat. (*Oberbürgermeister Zenner hatte ein Beispiel von einem jungen Mann genannt, der schrie, er hat ein Messer und hat bei der Kontrolle einen „messerähnlichen Gegenstand“ weggeworfen*).

Stadtrat Eckardt fragt weiter nach, wie die Verfahrensweise in anderen Städten mit diesen Problemen ist.

Stadtrat Eckardt ist der Meinung, dass das Landratsamt Vogtlandkreis bezüglich der Jugend- und Sozialarbeit zuständig sei und hier auch in die Pflicht genommen werden müsse.

Er fragt nach, inwieweit das Landratsamt Vogtlandkreis sensibilisiert ist, dass es einen erhöhten Bedarf an sozialer und Präventionsarbeit gibt und wie dies kurzfristig umgesetzt wird.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass in der Vorlage aufgeführt ist, dass der Anteil der alkoholbedingten Straftaten im Bereich des Postplatzes gegenüber 2022 noch einmal angestiegen sei.

Weiterhin antwortet Oberbürgermeister Zenner, dass der Gegenstand, den der junge Mann in den Papierkorb geworfen hat, nicht gefunden werden konnte.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, antwortet, dass die Vernetzung des Kommunalen Präventionsrates mit anderen Städten dauerhaft läuft. Zu dem aktuellen Problem sei die Stadt Plauen eher Vorreiter und würde von anderen Städten angefragt, welche Konzepte hier umgesetzt wurden. Mit dem Landratsamt Vogtlandkreis, der Polizeibehörde und anderen Akteuren erfolgen regelmäßige Abstimmungen.

Mit dem Landratsamt Vogtlandkreis ist die Stadt Plauen in engem Kontakt. Seitens der Stadt Plauen wurden bereits mehr Sozialarbeit angefordert. Das Landratsamt Vogtlandkreis überprüft derzeit das ganze Thema Kinder- und Jugendarbeit (AG Orbit). Nach Meinung des Landratsamtes Vogtlandkreis sei die Stadt Plauen bei der Sozialarbeit gut aufgestellt, sodass kurzfristig nicht mit Unterstützung zu rechnen sei.

Nach Auffassung von Stadtrat Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, hätten in die Zone für das Alkoholverbot auch der Schlosshang und die Alte Elsterbrücke mit einbezogen werden sollen.

Dort gibt seiner Meinung nach ebenfalls alkoholbedingte Straftaten.

Er schlägt vor, auch diese Straftaten in die Berechnung für das Alkoholverbot mit einzubeziehen. So wie die Vorlage derzeit gestaltet ist, sieht er ein sehr hohes rechtliches Risiko.

Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, merkt an, dass sich die Plauener abends in der Innenstadt nicht mehr sicher fühlen. Seiner Meinung nach, würde die Einrichtung von Verbotszonen lediglich die Symptome „bekämpfen“.

Stadtrat Schaufel äußert sich an dieser Stelle zur Vergewaltigung einer 14-Jährigen in Plauen.

Stadtrat Schaufel führt weiter aus, dass über 50 % der Bürgergeldempfänger keinen deutschen Pass hätten. Weiterhin wären über 50 % der in 2014/2015 eingereisten Migranten nicht in Arbeit (laut Darlegungen von Innenminister Schuster).

Nach Meinung von Stadtrat Schaufel müsse für kriminelle Asylbewerber eine Abschiebepflicht eingeführt werden.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, legt dar, dass es vor der Corona-Pandemie 2 Jahre lang eine Alkoholverbotszone gab, die nicht beklagt wurde. Diese Maßnahme wäre sehr erfolgreich gewesen.

Mit dem Argument, dass sich dadurch die Situation verbessert habe, wurde die Alkoholverbotszone vom Landratsamt Vogtlandkreis aufgehoben.

Nach Meinung von Stadtrat Schmidt hilft reden alleine nicht. Man müsse handeln. Die Einführung einer Alkoholverbotszone sei ein Baustein in einem Sicherheitspaket. Der Gemeindevollzugsdienst und auch der Polizeipräsident hätten betont, dass dieser Baustein notwendig sei.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, ist kein Freund der Alkoholverbotszone.

Er geht davon aus, dass sie rechtlich nicht haltbar sein wird.

Es gäbe zwar mehr alkoholbedingte Straftaten laut der vorliegenden Vorlage, aber nicht erheblich mehr.

Die rechtmäßige Ahndung (Kontrolle) hält Stadtrat Schwarz für fragwürdig, weil der gemeindliche Vollzugsdienst nachweisen müsste, was in der Flasche ist. Jeder, der in der Zone einen Schluck Alkohol trinkt, macht sich strafbar.

Stadtrat Schwarz könnte mit einer Vorlage leben, die sich darauf bezieht, dass man ab einem gewissen Alkoholpegel des Platzes verwiesen wird, z. B. über 1 Promille.

Interessant fand Stadtrat Schwarz den Bericht vom Polizeipräsident, dass die tatsächliche Sicherheitslage prinzipiell wie immer oder sogar etwas besser geworden wäre.

Besser wäre es, regelmäßig über die tatsächlichen Zahlen aufzuklären und keine Meinungsmache in den Medien zuzulassen.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, bittet darum, im Sinne des Images der Stadt Plauen auf populistische Äußerungen im Stadtrat zu verzichten.

Stadtrat Herold sorgt sich darum, dass durch die Einführung einer Alkoholverbotszone das Geschehen evtl. auf das Stadtgebiet verteilt wird und somit schlechter aufzuklären sei.

Stadtrat Herold bittet Herrn Lichtenberger hierzu um Einschätzung aus Sicht der Polizeibehörde.

Stadtrat Eckardt denkt nicht, dass die Stadt Plauen (wie von Bürgermeister Kämpf dargelegt) Vorreiter bei der Bekämpfung der aktuellen Probleme sei. Er spricht hierzu eine Sicherheitskonferenz in Chemnitz an.

Dort gab es sehr klare Festlegungen, was gemacht werden sollte. Das Protokoll dieser Sicherheitskonferenz liegt Stadtrat Eckardt vor. Er wird dieses an die Verwaltung weiterleiten, um zu schauen, ob die Festlegungen in die Arbeit der Stadt Plauen einfließen können.

Stadtrat Eckardt spricht den Vortrag von Herrn Lichtenberger an:

Die Aussage, dass es keine größeren Probleme in Plauen gäbe und die Menschen dies nur fühlen würden, aber man gleichzeitig deutlich darauf reagieren müsse, sind für Stadtrat Eckardt nicht plausibel. Er bittet um deutlichere Darlegung durch Herrn Lichtenberger.

Weiterhin sei der Vergleich von Plauen mit Städten wie Leipzig, Berlin, Frankfurt wenig hilfreich. Man sollte hier Vergleiche mit Städten anbringen, die genau so groß sind wie Plauen.

Weiterhin fragt Stadtrat Eckardt nach, ob die Personen in dem Video vom vergangenen Wochenende tatsächlich alles Deutsche wären, die sich geprügelt hätten und ob dies Deutsche mit Migrationshintergrund sind.

Aus Gesprächen, die Stadtrat Eckardt geführt hat, wird relativ oft berichtet, dass im Bereich Tunnel relativ offen mit Drogen gehandelt wird. Er fragt nach, ob dies so ist und wenn ja, wie die Polizei vorgeht, um dies zu unterbinden.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, führt aus, dass die Stadt Plauen nicht die rechtlichen Möglichkeiten hätte, um die tatsächlichen Probleme zu erfassen und Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig wären. Man könne nicht nur mit Sozialarbeit das Problem lösen. Wer sich in Deutschland integrieren möchte, habe auch die Möglichkeiten dazu.

Stadtrat Rust bezieht sich auf die Darlegung von Herrn Lichtenberger, dass die Straftaten an sich in Plauen rückläufig sind. Er ist der Meinung, dass es schon einen Unterschied macht, welche Straftaten begangen werden. Wenn ein Fahrrad gestohlen würde sei dies etwas ganz Anderes, als wenn sich mehrere Menschen in der Öffentlichkeit prügeln.

Stadtrat Legath vertritt die Meinung, dass die Plauener Innenstadt mit anderen positiven Maßnahmen belebt werden sollte (z. B. Kultursommer). Gleichzeitig weist er darauf hin, dass es bereits jetzt schon eine relativ straffe Polizeiverordnung in Plauen gibt, die einfach nur konsequent umgesetzt werden müsste.

Herr Polizeipräsident Lichtenberger antwortet auf die vorangegangenen Fragen.

Beschleunigte Verfahren

Um ein beschleunigtes Verfahren durchführen zu können, müssen bestimmte rechtliche Voraussetzungen erfüllt sein (z. B. darf der Täter zum Tatzeitpunkt nicht „Jugendlicher“ sein). 2022 wurden bei der Polizeidirektion Zwickau 261 beschleunigte Verfahren bearbeitet. Das Revier Plauen hat im Jahr 2022 33 beschleunigte Verfahren bearbeitet. Die Kriminalpolizei habe ebenfalls beschleunigte Verfahren erarbeitet.

Problematik Alkoholverbotszone

Bezüglich des nachgefragten Alkoholwertes würde Herr Lichtenberger die entsprechenden Zahlen im Nachgang dieser Sitzung an Oberbürgermeister Zenner zur Verfügung zu stellen. Ausgehend von der derzeitigen Lage ist die Polizeibehörde davon überzeugt, dass eine schnelle Reaktion notwendig ist, um auf die aktuelle Situation reagieren zu können.

Hierzu wären breitgefächerte Maßnahmen notwendig. Deshalb unterstützt die Polizeidirektion Zwickau den Ansatz der Alkoholverbotzone.

Herr Lichtenberger weist auf die grundsätzliche Wirkung von alkoholisierten Personen in der Öffentlichkeit hin. Dies hat immer wieder Auswirkungen auf die Sauberkeit. Man hält sich als Passant nicht gerne dort auf.

Herr Lichtenberger geht davon aus, dass die Erhöhung der Polizeipräsenz in der Innenstadt richtig ist, weil hierdurch eine gewisse Beruhigung vor Ort erzielt werden konnte.

Wenn der Eindruck entstanden sein sollte, dass im Vortrag von Herrn Lichtenberger suggeriert wurde, dass es kein größeres Problem in Plauen gäbe, so sei dies falsch interpretiert worden. Dass schwere Straftaten im Raum stehen hat dazu geführt, dass die Polizeibehörde Zwickau dies sehr wohl als Problem ansieht und daraus folgend die Maßnahmen der vermehrten Präsenz eingeleitet wurden.

Vergleich mit anderen Gemeinden

Die Botschaft war, dass Plauen keine Besonderheit darstellt und sich nicht in die Reihe von Leipzig oder Berlin einordnen lässt, wo die Kriminalitätsbelastung entsprechend höher sei.

Zu dem angesprochenen Video vom vergangenen Wochenende teilt Herr Lichtenberger mit, dass nach seinem Kenntnisstand dort Deutsche ohne Migrationshintergrund beteiligt gewesen sind.

Drogenkonsum und Drogenhandel

Zur Drogenproblematik in der Plauener Innenstadt laufen derzeit Ermittlungen. Die Polizeidirektion bekommt auch Hinweise über Straftaten von Drogenkonsum und insbesondere Hinweise, die auf einen extremen Drogenhandel hinweisen. Hier hätten sich bestimmte Händlerstrukturen und konkurrierende Gruppen entwickelt. Diese Hinweise konnten nach Aussage von Herrn Lichtenberger bisher noch nicht verifiziert werden. Die Ermittlungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen.

Herrn Lichtenberger sei es wichtig, dass man auf die aktuelle Situation ausgewogen, differenziert und objektiv schauen sollte.

Bezüglich der erwähnten Vergewaltigung einer 14-Jährigen in Plauen teilt Herr Lichtenberger mit, dass keiner im Raum Kenntnis von den tatsächlichen Tatabläufen hat und niemand Kenntnis davon habe, was die Umstände dieser Tat waren.

Herr Lichtenberger bittet dringend darum, dass in solchen Fällen der Opferschutz von Minderjährigen beachtet werden sollte. Man sollte Spekulationen keinen Vorschub leisten.

Oberbürgermeister Zenner weist auf den letzten Absatz der Begründung zur vorliegenden Verwaltungsvorlage hin:

„Die Kontrolle des Verbots ist unabdingbar. Sie kann zum einen durch Polizeistreifen und zum anderen durch Bedienstete des gemeindlichen Vollzugsdienstes durchgeführt werden. Von der festgesetzten Beschränkung können in besonderen Fällen Ausnahmen zugelassen werden.“

Diese Ausnahmen kann der Oberbürgermeister zulassen, z. B. bei der Durchführung eines Stadtfestes.

Oberbürgermeister Zenner stellt klar, dass er und der Landrat des Vogtlandkreises gegenüber überörtlichen Trägern weisungsgebunden sind. Das heißt, er kann nicht ablehnen, dass Migranten nach Plauen kommen. Er kann auch nicht dafür sorgen, dass Migranten abgeschoben werden.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung zu dieser Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 44/23-2**

Dem Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung wird mehrheitlich zugestimmt.

Oberbürgermeister Zenner ruft zur namentlichen Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die als Anlage beigefügte Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung 2023 mit der Maßgabe, dass in dieser Anlage:

1. in der Einleitung vor § 1 hinter den Worten „Sächsisches Polizeibehördengesetz“ Der Klammerzusatz „(SächsPBG)“ ergänzt wird,
2. dass in § 3 Absatz 2 nach den Worten „Die Ordnungswidrigkeit kann“ die Worte „nach § 39 Abs. 2 SächsPBG i. V. m. § 17 OWiG“ ergänzt werden.

Gemäß Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung (Beschluss-Nr.: 44/23-2) wurde wie folgt abgestimmt:

Bindl, André	ja	Mahler, Thomas	Enthaltung
Blechtschmidt, Dieter	ja	Mühle, Monika	ja
Eckardt, Ingo	ja	Przisambor, Danny	nein
Fiedler, Thomas	Enthaltung	Rank, Petra	Enthaltung
Gerbeth, Sven	ja	Rust, Mirko	ja
Gerber, Klaus	nein	Schaufel, Frank	Ja
Glied, Alexandra	ja	Schmidt, Jörg	ja
Golle, Stefan	ja	Schumann, Gerald	ja
Hänsel, Claudia	nein	Schumann, Sabine	ja
Haubenreißer, Thomas	ja	Schwarz, Maik	nein
Hering, Ronny	ja	Seidel, Uta	nein
Hermann, Christian	nein	Steffen, Gerd	nein
Herold, Daniel	nein	Stenzel, Prof. Dr. Dirk	ja
Holtschke, Eric	nein	Stubenrauch, Bernd	ja
Knabe, Kerstin	ja	Uhlig, Stephan	ja
Kowalzick, Prof. Dr. Lutz	ja	Zierold, Diana	nein
Kusche, Rico	ja	Zenner, Steffen	ja
Legath, Lars	nein		

**Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen; 11 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 44/23-3**

**2.3. Antrag der CDU-Fraktion - Reg. Nr. 339-23
- Maßnahmen zur Erhöhung von Ordnung und Sicherheit in der Stadt Plauen
Einsatz von Videoüberwachung**

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion. Er weist u. a. auf den geänderten Beschlussvorschlag aus dem Verwaltungsausschuss hin:

Änderung Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit bei wiederholten Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten insbesondere im Zentrum der Stadt Videoüberwachung zum Einsatz kommen kann. Dem Stadtrat ist dazu ein entsprechender Vorschlag mit allen rechtlichen Anforderungen im Oktober 2023 vorzustellen.

Oberbürgermeister Zenner nimmt sich des Antrages mit dem geänderten Beschlusstext an.

**2.4. Antrag der FDP-Fraktion - Reg. Nr. 343-23
- Einführung von Videoaufzeichnungen (Videoüberwachung) im Bereich des Postplatzes**

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion. Der Kompromissvorschlag aus dem Verwaltungsausschuss wird erst einmal akzeptiert.

Herr Giller, Justiziar der Stadtverwaltung Plauen, trägt die rechtlichen Grundlagen für eine mögliche Videoüberwachung vor.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, teilt mit, dass einige Mitglieder seiner Fraktion diesem Prüfauftrag „etwas Positives abgewinnen können“. Man sollte nach Meinung von Stadtrat Holtschke zwischen Videoüberwachung und Videoaufzeichnung unterscheiden. Er führt weiter aus, dass z. B. die jahrelange Videoüberwachung in Chemnitz nicht den gewünschten Erfolg gebracht hätte.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass Videoüberwachung bei der Aufklärung von Straftaten durchaus hilfreich sein könnte. Zur Verhinderung von Straftaten trägt eine Videoüberwachung seiner Meinung nach nichts bei.

Oberbürgermeister Zenner empfiehlt, über eine mögliche Videoüberwachung im Oktober 2023 abzustimmen, wenn entsprechende Zuarbeiten vorliegen.

Stadtrat Gerbeth merkt an, dass eine Videoüberwachung zumindest zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens beitragen würde.

Änderung Beschlussvorschlag (sh. auch TOP 2.3.):

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit bei wiederholten Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten insbesondere im Zentrum der Stadt Videoüberwachung zum Einsatz kommen kann. Dem Stadtrat ist dazu ein entsprechender Vorschlag mit allen rechtlichen Anforderungen im Oktober 2023 vorzustellen.

Oberbürgermeister Zenner nimmt sich des Antrages mit dem geänderten Beschlusstext an.

**2.5. Einrichtung neuer Planstellen gemeindlicher Vollzugsdienst
- Antrag der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 347-23
Drucksachenummer: 0864/2023**

Frau Blume-Brake, Leiterin Fachbereich Haupt- und Personalverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass es wichtig sei, einen gemeindlichen Vollzugsdienst in der Stadt Plauen aufzubauen. Derzeit ist ein externer Security-Dienst verpflichtet, der solange da sein wird, bis die Aufstockung der Stellen erreicht werden kann.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, spricht sich positiv zu dieser Vorlage aus. Er bedankt sich beim Leiter des Fachgebietes für die geleistete Arbeit. Die CDU-Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Schmidt spricht den Einsatz des Gemeindlichen Vollzugsdienstes (GVD) zu einer Veranstaltung in Oberlosa am letzten Wochenende an. Das Handeln des GVD war nach Meinung von Stadtrat Schmidt richtig (Rettungsgassen waren zugesperrt). Er bittet aber darum, dass bei solchen Situationen „mit mehr Fingerspitzengefühl umgegangen“ wird.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass der Sachverhalt mit dem Organisator ausgewertet wird.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, erläutert den Inhalt des Antrages ihrer Fraktion.

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt die Vorlage der Verwaltung. Es sollte aber nach einer gewissen Zeit geprüft werden, ob 3 Schichten notwendig sind und welche Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten aufgenommen wurden.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass sich die Verwaltung des Antrages der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 347-23, annimmt. Im Änderungsblatt zur Vorlage wurde der Antrag inhaltlich mit aufgenommen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, führt aus, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Auch der Antrag der Fraktion DIE LINKE findet Zustimmung.

Stadtrat Hermann spricht die Aufgabenverschiebung seitens des Landes an.

Er mahnt an, dass das Land mehr zahlen müsse, wenn von der Stadt mehr erwartet wird.

Stadtrat Hermann bittet darum, dass diese Problematik durch Oberbürgermeister Zenner auf die entsprechenden Ebenen weiter kommuniziert wird und spätestens mit der FAG Novelle entsprechende Ausgleichmaßnahmen erfolgen.

Stadtrat Hermann bittet um Darlegung von Vergleichswerten von anderen Städten bezüglich der Anzahl von Beschäftigten des Gemeindlichen Vollzugsdienstes.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion, fragt nach wie realistisch es ist, dass diese Stellen besetzt werden können und welche Anstrengungen unternommen werden, geeignete Bewerber zu finden.

Frau Blume-Brake teilt mit, dass bereits verschiedene Rekrutierungsaktivitäten auch überregional durchgeführt wurden. Aktuell wird geprüft, ob ein Angestelltenlehrgang I für die Bewerber durchgeführt werden kann.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, bittet darum, dass die Aufgaben landesweit mit übernommen werden müssten. Weiterhin fragt er nach, wie die Bewerber und Bewerberinnen auf ihre Eignung geprüft werden.

Frau Blume-Brake antwortet, dass sowohl die sportliche Fitness als auch das Allgemeinwissen getestet werden. Bei den Vorstellungsgesprächen wird auch auf die Kommunikation geachtet. Die Vorstellungsgespräche werden u. a. durch den Leiter des Fachgebietes Polizeibehörde und auch durch den Personalrat begleitet. Wichtig sei, dass die Aus- und Fortbildung in diesem Bereich in der Verwaltung vorangebracht wird.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, regt an, die Ausschreibungskriterien bei den einfachen Vollzugsmitarbeitern so niedrig anzusetzen, „dass auch arabische Moslems eine Chance haben, sich hier zu bewerben.“ Er erläutert die einzelnen Ströme des Islam und verdeutlicht, dass es sinnvoll wäre, einen „Sunniten“ einstellen zu können.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass man bereits bei der Sicherheitskonferenz angesprochen wurde, dass man „Muttersprachler“ haben möchte, die den GVD begleiten könnten. Andererseits müsste man das deutsche Asylbewerbergesetz beachten, wenn es um Anerkennung von Bildungsabschlüssen geht.

Frau Blume-Brake ergänzt, dass die Verwaltung mit der Agentur für Arbeit in Kontakt ist und die verschiedenen Themen angesprochen hat. Man sei im Austausch, um Vielfalt darstellen zu können.

Oberbürgermeister Zenner weist noch einmal auf das Änderungsblatt zur Vorlage mit dem geänderten Beschlussvorschlag hin und bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Einrichtung von vier Planstellen im gemeindlichen Vollzugsdienst für polizeiliche Aufgaben und einer Planstelle Dienstgruppenführung (+ 5,0 VZÄ). Zudem wird eine Auswertung über die Erweiterung des Schichtsystems im Gemeindlichen Vollzugsdienst mit Kennzahlen zu Aufgaben, Einsatzzeiten und Personalplanung im Juni 2024 dem Stadtrat vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 44/23/4

2.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE - Reg. Nr. 345-23
- Räumlichkeiten/Treffpunkt für Bürgerinnen und Bürger in der Innestadt zur Verfügung stellen,

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, erläutert den Inhalt des Antrages ihrer Fraktion.

U. a. führt sie aus, dass man für Jugendliche (ca. 10 bis 20 Jahre) mehr Möglichkeiten anbieten müsse, um deren Energie in vernünftige Bahnen zu lenken.

Stadträtin Hänsel spricht die Nachrichten der letzten Zeit über eine gefährliche Ecstasy-Pille an. Eventuell könnten hier Erfahrungen von anderen Städten bezüglich „Drugchecking“ genutzt werden.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, trägt die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag vor. Er teilt mit, dass ein Antrag auf Landesfördermittel aus dem Programm „Soziale Orte“ gestellt wurde. Diese Förderung gilt aber nur für 3 Jahre. Es könnten Sach- und Personalkosten gefördert werden. Nach Ablauf der 3 Jahre könnte wieder neu beantragt werden. Der Start ist frühestens ab Januar 2024 geplant. Die Stadt Plauen würde 10 % Eigenanteil leisten.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt den Beschlussvorschlag des Antrages dahingehend, dass dem Antrag unter der Maßgabe zugestimmt wird, wenn o. g. Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen:

1. wo Räumlichkeiten für einen Treffpunkt bzw. Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger in der Innenstadt von Plauen zur Verfügung gestellt werden könnten. Dazu sollten Absprachen mit unseren städtischen Unternehmen wie der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH erfolgen.
2. welcher freie Träger der Jugendhilfe in Abstimmung mit dem Jugendamt des Vogtlandkreises eine zusätzliche sozialpädagogische Stelle zur Betreuung des Treffpunktes bzw. Anlaufstelle übernehmen kann
3. welche Finanzierungsmöglichkeiten für die Schaffung einer zusätzlichen sozialpädagogischen Stelle durch den Vogtlandkreis, Land und/oder Bund bestehen, dazu sollten auch Stiftungen, Organisationen und Förderprogramme herangezogen werden
4. welchen Eigenteil die Stadt dafür leisten müsste.
Der Stadtrat Plauen wird im September 2023 über den Stand des Prüfauftrages informiert.

Diesem Antrag wird zugestimmt, soweit Fördermöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.
Die Stadt Plauen ist bereit einen 10 %igen Eigenanteil zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen; 3 Nein-Stimmen; 8 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 44/23-5

2.7. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Reg. Nr. 342-23
- Schaffung einer neuen Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen-Stelle
- Stellungnahme der Verwaltung

Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, stellt den Antrag ihrer Fraktion vor.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich II, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. Er weist darauf hin, dass durch die geplante Maßnahme „Soziale Orte“ (siehe TOP 2.6.) auch eine Entlastung für die Mobilen Jugendarbeit e. V. geschaffen würde.

Bürgermeister Kämpf kann nicht empfehlen, eine zusätzliche Stelle für die Sozialarbeit zu schaffen, da eine Förderung durch den Landkreis nicht gewährleistet ist. Er macht deutlich, dass die Stadt Plauen schon mehr leistet, als sie müsste. Im Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit werden bereits 15 % zusätzlich gezahlt, um das breite Netz an Kinder- und Jugendarbeit zu unterstützen. Hiermit würden zusätzliche Aufwendungen verursacht, die aber ganz klar in der Verantwortung des Landkreises bzw. des Jobcenters liegen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, schlägt vor, eine Möglichkeit zu schaffen, bestimmte Hilfemöglichkeiten auch in der Wohngeldstelle anbieten zu können. Vielleicht könnte auch bei den Kontaktzeiten der Mobilen Jugendarbeit e. V. auch ein Mitarbeiter der Wohngeldstelle dabei sein, der z. B. bei der Ausfüllung von Wohngeldanträgen unterstützt.

Weiterhin führt Stadtrat Legath aus, dass es z. B. in Weiden ein Sozialbürgerhaus gibt, wo alle Institutionen einmal im Monat vor Ort sind (Wohngeldstelle, Familienkasse usw.).

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, merkt an, dass der Stadtrat mit Zustimmung zum vorangegangenen Antrag der Fraktion DIE LINKE schon einen weiteren sozialen Ansprechpartner geschaffen habe. Man könne aber keine „Vollkasko und Rundumwohlgefühlmentalität“ in der Bevölkerung erzeugen. Stadtrat Blechschmidt geht davon aus, dass Antragsteller auch in der Stadtverwaltung bzw. bei anderen bestehenden sozialen Trägern Hilfe und Unterstützung bekommen. Man müsse auch die Wirtschaftlichkeit und die Zuständigkeiten beachten.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, unterstützt die Vorschläge der Verwaltung. Seiner Meinung nach gibt es schon viele Institutionen, die helfen und beraten. Man sollte eher in der Familien- und Bildungspolitik etwas ändern.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, hält eine Ausgewogenheit der Maßnahmen für wichtig. Er zeigt sich enttäuscht, dass der Bericht der Mobilen Jugendarbeit heute nicht auf der Tagesordnung steht.

Von der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion wird gutgeheißen, dass der Fördermittelantrag für die Maßnahme „Soziale Orte“ gestellt wurde.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bittet darum, in einem der nächsten Ausschüsse (Bildungs- und Sozialausschuss) dargelegt wird, wie man die Sozialarbeit umstrukturieren könnte. Weiterhin bittet er um Information, wie sich die konkrete Zusammenarbeit mit dem Vogtlandkreis darstellt, wie die Sprach-Integrationskurse laufen, und wie es mit der Arbeitsmarktintegration aussieht.

Die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, stellt ihren Antrag vorerst zurück.

2.8. Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen“

Drucksachenummer: 0851/2023

Herr Sascha Giller, Justiziar der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage. Er weist u. a. darauf hin, dass gemäß § 1 Abs. 4 Sächsische Eigenbetriebsverordnung die Mehrheit aller Stimmen des Stadtrates (22) zur Beschlussfassung benötigt wird.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage 1 beigefügte Änderungssatzung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen“ (GAV-Betriebssatzung).

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 44/23-6

2.9. Satzung zur Aufhebung der Gebührensatzung für das Vogtlandmuseum

Drucksachenummer: 0855/2023

Frau Kerstin Karch, Leiterin des Kulturbetriebes der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage befindliche Satzung zur Aufhebung der Gebührensatzung für das Vogtlandmuseum Plauen.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 44/23-7

2.10. Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus - Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus Plauen – Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus in Krebes

- Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE - Reg. Nr. 344-23

- Änderungsantrag SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, Reg. Nr. 346-23

Drucksachenummer: 0853/2023

Frau Kerstin Karch, Leiterin des Kulturbetriebes der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erklärt anhand einer Präsentation, wie ein mögliches Rabattsystem oder mögliche Rabattaktionen für die Einrichtungen aussehen könnten.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, stellt den Antrag ihrer Fraktion vor (**Reg. Nr. 344-23**).

Die Fraktion DIE LINKE spricht sich für den Vorschlag B des Beschlussvorschlages dieser Vorlage aus.

Bürgermeister Kämpf trägt die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag vor. Die im Antrag genannten Änderungen können von der Verwaltung nicht empfohlen werden.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, unterstützt den Antrag der Fraktion DIE LINKE und spricht sich ebenfalls für Vorschlag B der Vorlage aus.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, befürwortet den Vorschlag A der Vorlage.

Er reicht gleichzeitig folgenden Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage ein:

„Während der drei Monate nach der Eröffnung der Fabrik der Fäden wird für diese Einrichtung ein Preisnachlass von 4 EUR gewährt. „

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion mehrheitlich für die Variante A plädiert. Dem Antrag der Fraktion DIE LINKE kann die AfD-Fraktion nicht folgen.

Oberbürgermeister Zenner lässt nun über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Beschluss zum Antrag der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 344-23

Die Fraktion DIE LINKE stellt folgenden Antrag auf Änderung (kursiv) der Entgelte in folgenden Paragraphen:

1. § 4 – Entgelte für fachspezifische Leistungen – Absatz 1

...je begonnene Arbeitshalbstunde 20,00 EUR

2. § 6 – Benutzungsgebühren für den Festsaal des Vogtlandmuseums – Absatz 2

	<u>Benutzungsgebühr für bis zu 3 Stunden</u>	<u>Verlängerungssatz pro Stunde</u>
Festsaal normale Gebühr:	400,00 EUR	100,00 EUR
Festsaal ermäßigte Gebühr, die für Plauener Vereine gilt:	200,00 EUR	50,00 EUR

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen; 20 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 44/23-8

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, stellt den Antrag seiner Fraktion, **Reg. Nr. 246-23**, vor.

Bürgermeister Kämpf trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Zenner bittet um Konkretisierung des Antrages der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion.

Stadtrat Holtschke schlägt vor, den rabattierten Eintritt 1 Stunde vor Schließung der jeweiligen Einrichtung anzuwenden. Man möchte keine Aufstockung des Personals bzw. keine Ausweitung der Öffnungszeiten.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, meint, dass es in der letzten Stunde der Öffnungszeiten von Museen einen ganz bewussten selektiven Kunstgenuss geben könne. Er habe diese Erfahrung z. B. im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg gemacht.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, spricht sich persönlich für den Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion aus.

Oberbürgermeister Zenner lässt über den Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion abstimmen.

Beschluss zum Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, Reg. Nr. 246-23

In der Entgeltordnung 0853/2023 soll ein Abendtarif mit einer 50 %igen Preisreduzierung der Eintrittspreise in die Museen eingearbeitet werden. Dieser Tarif soll ab 1 Stunde vor Schließung gelten.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 44/23-9

Bürgermeister Kämpf trägt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion. Die Umsetzung des Antrages kann von der Verwaltung nicht befürwortet werden.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, kann nicht verstehen, dass dieser Vorschlag, der bereits im März 2023 von Stadtrat Prof. Dr. Kowalzyk vorgetragen wurde, bis heute nicht in schriftlicher Form als Antrag vorgelegen hat. Die Fraktion DIE LINKE wird diesen Antrag ablehnen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass die Weihnachtszeit touristisch gesehen schon eine wichtige Zeit für die Stadt Plauen ist, da z. B. der Plauener Weihnachtsmarkt für viele Auswärtige touristisch bedeutend sei. Dies wäre auch ein Grund dafür, die ersten 3 Monate zu nutzen, um die „Fabrik der Fäden“ bekannt zu machen.

Stadtrat Gerd Steffen, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, weist darauf hin, dass dieser Antrag der CDU-Fraktion in der Anlage zur Tagesordnung lediglich als Änderungsvorschlag aufgeführt ist.

Stadtrat Steffen legt Kosten dar, die seiner Meinung nach bei dem Vorschlag der Verwaltung (5.000 Postkarten verschicken als kostenlosen Museumseintritt) anfallen würden. Er wagt zu bezweifeln, dass so viele Touristen damit nach Plauen kommen würden.

Beschluss zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Die CDU-Fraktion beantragt folgende Ergänzung der Vorlage:

Im § 5 ist ein Absatz 3 anzufügen:

„Während der drei Monate nach der Eröffnung der Fabrik der Fäden wird für diese Einrichtung ein Preisnachlass von 4 EUR gewährt.“

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen; 17 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 44/23-10

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass keiner der vorgelegten Änderungsanträge eine Deckungsquelle enthält. Er weist darauf hin, dass gemäß Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse jeder Antrag eine Deckungsquelle enthalten muss, wenn es zu finanziellen Auswirkungen kommt.

Oberbürgermeister Zenner lässt abschließend über den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage abstimmen. Zu berücksichtigen sei dabei, dass der Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 246-23** positiv abgestimmt wurde.

Beschluss zur Vorlage:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage befindliche Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus – Galerie e.o. plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus Plauen – Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus in Krebes, Vorschlag A inklusive des Änderungsvorschlages gemäß Antrag, **Reg. Nr. 246-23**.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen; 10 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 44/23-11

2.11. 8. Änderung der Grünanlagen- und Grünanlagegebührensatzung der Stadt Plauen

Drucksachenummer: 0799/2023

Herr Steffen Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 8. Änderung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlagen der Stadt Plauen und die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Grünanlagen der Stadt Plauen (Grünanlagen- und Grünanlagegebührensatzung).

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 44/23-12

3. **17:00 Uhr - Einwohnerfragestunde**

Herr Ulrich Neef, Dr.-Theodor-Brugsch-Straße 48, 08529 Plauen, übergibt seine Anfragen schriftlich an den Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

4. **Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, bittet um Klärung Ihres Anliegens noch vor den Sommerferien:

Vor 6 Wochen wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass 1 Computer für eine Kollegin benötigt wird. Seither gab es hierzu keine Information mehr.

In der letzten Woche ist der Computer eines Lehrers „abgestürzt“. Im Zuge der Erstellung der Zeugnisse war dies sehr unglücklich.

Es wurde wieder eine Meldung an die Verwaltung gegeben, diesmal kam gar keine Bestätigung über den Erhalt.

Es gab IT-Probleme. Von der KISA wurde mitgeteilt, dass nicht genügend Lizenzen vorhanden wären und man diese durchaus kaufen sollte.

Sie fragt nach, ob vorgesehen ist, Lizenzen zu kaufen.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass an allen Plauener Schulen WLAN möglich ist.

2 Schulen sind noch nicht an das Glasfasernetz angeschlossen.

Die anderen Fragen werden schriftlich beantwortet.

Stadträtin Hänsel wurde von Bürgern angesprochen zum „Assi-Netto“ auf der Pausaer Straße.

Die Sauberkeit im Umfeld des Marktes sei grenzwertig. Sie fragt nach, ob die Stadt hier Möglichkeiten hat, Einfluss zu nehmen.

Oberbürgermeister Zenner führt aus, dass man hier ggf. ein Anschreiben an den Geschäftsführer senden könnte. Mehr Einfluss hätte die Stadt Plauen hier nicht.

Stadträtin Hänsel hat erfahren, dass ein „Terminservicereservierungsgesetz“ gibt, welches seit 2019 Ärzte verpflichtet, 5 offene Sprechstunden ohne Termin zu vergeben.

Sie fragt nach, ob die Stadt unter Umständen Ärzte befragen kann, ob so etwas angeboten wird.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass für die ärztliche Versorgung die Krankenkassen zuständig sind. Hier hat die Stadt Plauen keinen Einfluss.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, bittet darum, den Mitgliedern des Stadtrates die so genannte „Orbit-Studie“ (Organisationsberatungsinstitut Thüringen) zur Verfügung zu stellen.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Legath fragt nach, wie viele Wohngeldanträge im letzten Monat eingegangen sind und wie viele Anträge abgeschlossen wurden. Weiterhin möchte er wissen, wann der letzte offene Antrag mit dem ältesten Antragsdatum eingegangen ist.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt an, dass es heute sehr beengt auf den Sitzplätzen der Stadträte zugegangen sei. Er fragt nach, warum die Einrichtung des Ratssaales heute so beengt war.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass es nach den letzten Sitzungen Beschwerden seitens der Stadtratsmitglieder gab, dass von den Außenseiten her die Leinwand nicht ordentlich eingesehen werden könne. Es wurde ausdrücklich darum gebeten, die Sitzordnung zu komprimieren.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Petra Rank
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Monika Mühle
Stadträtin